Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.
Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 91. **Halle a. S., Mittwoch, den 24. Februar** **1909.**

Eine Stärkung der Landratsmacht.

Die Reform der inneren Verwaltung Preußens rückt näher, wie ja schon die Tatsache beweist, daß auf dem neulichen Kronrat darüber verhandelt worden ist. Diese Reform wird vermutlich manche Vereinfachungen bringen, die zu begrüßen sind. Aber es wäre für den Liberalismus gefährlich, wenn er den reaktionären Pferdefuß unbeachtet lassen wollte, der sich nur zu leicht hinter dem schönen Wort „Reform" verstecken könnte. Bürgermeister a. D. Schücking weist in einem Aufsatz in der „Städte-Ztg." warnend auf Pläne hin, die eine Stärkung der Landratsmacht anstreben. Er schreibt u. a.:

„Wer die Abneigung des preußischen Ministeriums gegen die Gemeinde kennt und seine Begeisterung für den selbständigen Gutsbezirk als Ideal der untersten Verwaltungsinstanz, der weiß, daß die sogenannte Dezentralisation der Verwaltung, oder wie man sie kurz nennt, die Stärkung der Lokalinstanz, nichts weiter bedeuten soll, als eine intensive Stärkung der Landratsregierung. Das reaktionäre konservative Landratsregiment ist in Preußen aber von allergrößter politischer Bedeutung. Der Minister kündigt nun offen an, daß er zunächst auf dem Gebiet der Schulverwaltung Dezentralisation schaffen wolle, indem eine Kreisbehörde begründet werden soll, die unter Anknüpfung an die vorhandenen Faktoren, nämlich den Landrat, den Kreisausschuß, den Kreisschulinspektor, den Kreisarzt und den Kreisbauinspektor, die Schulverwaltungsaufgaben erledigt, die von der Regierung dezentralisiert werden könnten. Diese Sache sieht sehr harmlos aus, ist aber nicht nur verwaltungstechnisch, sondern vor allem politisch von größter Bedeutung. Enthält sie doch die Unterstellung der Schule und damit der Lehrer unter die politischen Beamten, nämlich die Landräte. Die Lehrer unterstehen bisher der Schulabteilung der Regierung. Wer die vielen Lehrerdisziplinierungen der letzten Zeit genau studiert hat, weiß, daß jetzt schon die Schulabteilung der Regierung sich mit Hilfe des Kreisschulinspektors manchmal nicht unerheblich für die politische Gesinnung der Lehrer interessiert. Wie ganz anders wird das aber werden, wenn erst der politische Beamte des Kreises, der konservative Landrat, als Vorsitzender der neugeschaffenen Kreisschulbehörde für die des Liberalismus verdächtigen Lehrer allmächtig wird. An die politisch doch immerhin objektivere Regierungsschulabteilung kann der Lehrer dann kaum noch heran.

Ebensowenig die Gemeinde; auch sie hat zwischen sich und der Regierung dann nicht nur den jetzt schon mit manchen Befugnissen ausgestatteten Kreisausschuß, also auf deutsch den Landrat, der ja im Kreisausschuß allmächtig ist, sondern zudem noch eine neue Kreisschulbehörde, in der natürlich der Landrat Vorsitzender wird. Selbstverständlich paßt diese „Reform" völlig in das System der Reaktion hinein, das seit Jahren dahingeht, die Gemeinde ihrer Rechte und ihrer Selbständigkeit dadurch zu berauben, daß man zwischen sie und die Regierung überall den allmächtigen Lokalbeamten, den Königlichen Landrat einschiebt . . .

Die neue Kreisschulbehörde des Ministers von Moltke würde ein glorreicher Vorstoß der Reaktion sein, ein wertvolles Mittel zur Beaufsichtigung der politischen Gesinnung der Lehrer, eine neue die Gemeinde schwer drückende Aufsichtsbehörde, eine Hebung der Macht des Landrats, kurz eine „Reform", wie sie von unserer konservativen Abgeordnetenmehrheit nicht schöner ausgedacht werden könnte."

Schücking wendet sich dann noch in längeren Darlegungen gegen die geplante Unterstellung der technischen Beamten des Kreises unter den Landrat, wodurch die Selbstverwaltung der Gemeinde beeinträchtigt werde. — Auf jeden Fall wird es gut sein, auf der Hut zu sein und der „Reform" ein gesundes Mißtrauen entgegenzubringen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der Kaiser hörte gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnants Freiherrn von Lyncker.

— Dem Leichenbegängnis des früheren Botschafters in Berlin Marquis de Noailles wohnte am Montag in Paris u. a. Fürst Radolin als Vertreter des deutschen Kaisers bei.

Wohnungsgeldzuschuß für Verheiratete und Unverheiratete.

(Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.)

* **Berlin**, 23. Febr. 1909.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet gestern nachmittag die Uebergangsbestimmungen vom gewöhnlichen Wohnungsgeldzuschuß für Beamte, wie ihn die Junggesellen beziehen sollen, zum verstärkten Wohnungsgeldzuschuß für Verheiratete und diesen gleichgestellte Kategorien.

Es wurde beschlossen, daß ein Junggeselle der sich verheiratet, den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß vom Ersten des Quartals ab bekommen soll, in dem er sich verheiratet. Darin liegt eine Begünstigung gegenüber der bisher vorgeschlagenen Bestimmung, daß der betreffende Beamte den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß erst vom Ersten des darauffolgenden Quartals beziehen soll.

Ferner wurde ein Antrag Hennig angenommen, daß, wenn ein Angehöriger des Junggesellen stirbt, mit dem er zusammen gewohnt hat und zu dessen Unterhalt er verpflichtet war, er noch sechs Monate lang den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß beziehen soll. Ein weitergehender Antrag König, der den Fortbezug des erhöhten Wohnungsgeldzuschusses zwölf Monate lang zubilligen wollte, wurde abgelehnt.

Zur Erörterung gelangte noch ein Antrag von Savigny, der bezweckte, der Regierung für die spätere Regelung des Wohnungsgeldzuschusses Direktiven zu geben. Da dieser Antrag noch nicht auf der Tagesordnung gestanden hatte, wurde wegen der Schwierigkeit der Materie die materielle Beratung einstweilen abgelehnt. Einig war man sich in der Kommission darüber, daß der Wohnungsgeldzuschuß nicht als Teuerungszulage ausgebildet werden dürfe. Sodann stellte die Kommission den Bericht für das Plenum fest. Im Anschluß hieran wird dem „Tag" von anderer Seite geschrieben:

> Nach den Kommissionsbeschlüssen erhalten Unverheiratete nur zwei Drittel des Wohnungsgeldes und haben Anrecht auf den vollen Zuschuß nur, wenn sie gesetzlich zur Unterhaltung von Angehörigen verpflichtet sind, d. h., wenn sie eine Mutter ernähren und mit ihr zusammen einen gemeinsamen Hausstand bilden. Beamte, die unverheiratet sind und sich moralisch verpflichtet fühlen, für Verwandte (erwerbsunfähige Schwestern usw.) zu sorgen, sollen nach dem Kommissionsbeschluß den vollen Zuschuß nicht erhalten.

Dieser Beschluß läßt sich nicht aufrecht erhalten. Die Kommission hat sich zwar dahin ausgesprochen, die Regierung möge solchen Beamten auf ihr Ersuchen den vollen Zuschuß gewähren, hat aber eine dahingehende Bestimmung nicht in das Gesetz aufgenommen. Wie der „Tag" hört, sind Schritte eingeleitet worden, diese Unstimmigkeit zu beseitigen. — —

Die Neigung geht einesteils dahin, die Differenzierung ganz aufzuheben, da sie nur viel Petitionieren im Gefolge haben wird, zumal es unbillig ist, unverheirateten Beamten, die über 40 Jahre alt sind, durch die niedrige Bemessung zu verwehren, sich eine eigene Wohnung zuzulegen; andererseits wird dahin gearbeitet, wenn sich dies nicht verwirklichen lassen sollte, denjenigen unverheirateten Beamten den vollen Zuschuß zu gewähren, die sich moralisch verpflichtet fühlen, für Angehörige zu sorgen.

Um innerhalb der Parteien Fühlung über die hier angeregten Fragen nehmen zu können, ist die 2. Lesung des Entwurfes über die Wohnungsgeldzuschüsse vorläufig noch um einige Tage hinausgeschoben worden.

Der Herzog von Cumberland im Kirchengebet der Braunschweiger.

Dem Braunschweigischen Landtag ist, wie bereits in der gestrigen Ausgabe telegraphisch gemeldet, der Entwurf eines neuen Kirchengesetzes zugegangen, demzufolge die Aufnahme der Fürbitte oder Danksagung in den Kirchgebeten für das Herzogliche Haus Braunschweig in allen seinen Gliedern — also auch für die welfische Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg, dessen Chef der Herzog Ernst August von Cumberland ist — stattfinden soll. — Vor acht Jahren hatte die braunschweigische Landessynode die Einführung einer kirchlichen Fürbitte für den Herzog von Cumberland — abgelehnt! Die braunschweigische Staatsregierung hatte damals den Antrag aufs schärfste bekämpft. Die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten", die den Wortlaut des Antrags an leitender Stelle veröffentlichen, meinen, daß er einem langgehegten Wunsche des größten Teiles der ganzen Braunschweiger Bevölkerung entspricht. — —

Feuilleton.

Unterhaltungsblatt. Stolze Herzen. Frei nach dem Englischen von Klara Rheinau. (Forts.) — Mein Freund Knackler. Eine Novellskizze von Maximilian Krauß. — Friedrich Spielhagen. — „Elektra"-Glossen.

Das Hochwasser und die Hygiene.

Von Dr. **Karl Reimer.**

(Nachdruck verboten.)

Die aus allen Teilen Deutschlands kommenden Nachrichten über Hochwasser, Ueberschwemmungen und Wassernot in unserer eigenen Provinz Sachsen lassen die Besorgnis nicht ungerechtfertigt erscheinen, daß mancherlei hygienische Gefahren hieraus entstehen werden.

In der Regel pflegen die meisten Hochwasser und Ueberschwemmungen im Frühjahr, d. h. Ende März bis in den Mai hinein sich zu ereignen, wenn nämlich die angesammelten Schnee- und Eismassen in den Gebirgen durch plötzlichen Temperaturwechsel schnell sich auflösen und in die Täler drängen.

Andere Hochwasser fallen oft in den Hochsommer, wenn anhaltende Gewitterperioden große Wassermengen plötzlich entladen.

Hochwasser aber, wie die augenblicklichen, die noch in die Mitte des Winters fallen, und zwar eines ungewöhnlich strengen Winters, sind glücklicherweise außerordentlich selten und ihre hygienischen Folgen können besonders unheilvoll und schwer sein.

Bei jedem Hochwasser werden zahlreiche Wohnungen unter Wasser gesetzt, die, nachdem das Hochwasser sich verlaufen hat und das Wasser aus den Wohnungen ausgeschöpft werden kann, gleichwohl lange durchfeuchtet bleiben.

Diese Durchfeuchtung kann im Hochsommer durch die natürliche Wärme bald beseitigt sein, im Frühjahr kann man durch starke Heizung der Räume leicht nachhelfen. Im Winter ist diese Durchheizung sehr schwer; denn sie kann doch nur immer die Wände der Wohnräume äußerlich trocknen, nicht aber das ganze Mauerwerk durchweg durchtrocknen. Der ins Mauerwerk eingedrungene Feuchtgehalt wird sich dort in Form von kleinen Eiskristallen festsetzen und beim Wärmerwerden der Temperatur sich auflösen, so daß für lange Zeit eine Durchfeuchtung der Wohnungen zurückbleibt, wenn diese auch scheinbar getrocknet sind.

Würde die öffentliche Gesundheitspflege auf der Höhe der Erfahrungen stehen, welche die Wissenschaft gesammelt hat, so müßten sämtliche Wohnungen, die vom Hochwasser unter Wasser gesetzt sind, behördlich geschlossen und erst dann der Benutzung wieder übergeben werden, wenn ihre Austrocknung zweifellos sicher gestellt ist. Darüber kann freilich ein halbes Jahr vergehen, denn auch die beste künstliche Austrocknung kommt der natürlichen durch die Sonnenstrahlen und Sommerglut nicht gleich.

Ohne diese behördliche Schließung der Wohnungen ist es nur natürlich, daß sie bezogen werden, bevor sie völlig ausgetrocknet sind, denn erstens trifft das Hochwasser zumeist die armen Leute in Kellerwohnungen, dann aber auch können es sich selbst bemittelte Leute nur schwer leisten, sofort andere Wohnungen zu beziehen, zumal an den vom Hochwasser betroffenen Orten leicht ein Mangel an Unterkunftsräumen eintritt. Man bedenke, daß bei der jetzigen Hochflut ganz Dörfer völlig unter Wasser gesetzt sind, so daß die Häuser bis zum Dach im Wasser standen.

Die Krankheiten, die beim Beziehen derart durchfeuchteter Wohnungen drohen, sind mannigfacher Art. Zunächst kommen natürlich Erkältungskrankheiten in Betracht, dann Rheumatismen, Nieren- und Luftröhrenentzündungen.

Die Erkältungskrankheiten aber sind vielfach infektiöser Art, wie die Influenza und Grippe, die zahlreichen Erkältungskrankheiten der Kinder. Und das ist's, was die Hochwasserfolgen als allgemeingefährlich erscheinen läßt.

Vor etwa 20 Jahren entstand nach einer Wasserhochflut im Elbtale in der Dresdner Gegend eine Scharlach- und Masernepidemie, die monatelang währte und sich auf zahlreiche Gegenden erstreckte, die vom Hochwasser unmittelbar gar nicht berührt gewesen waren. Als Herd dieser Epidemie, die das Leben vieler Kinder und Erwachsener bedrohte, wurden zweifellos die unter Wasser gesetzt gewesenen Wohnungen des Elbtales festgestellt, in denen die Krankheit zuerst ausgebrochen war.

Die Allgemeinheit der Bewohner der Städte, von denen nur einzelne Straßenzüge durch das Hochwasser bedroht wurden, hat also ein weitgehendes Gesamtinteresse daran, daß dem zu frühen Beziehen der feuchten Wohnungen vorgebeugt werde. Es sollte insbesondere den Familien mit Kindern Obdach geschaffen werden, bis ihre Wohnungen wieder völlig instand gesetzt sind. Der Einzelne ist machtlos gegenüber den Folgen solcher Katastrophe, die Gesamtheit hat die Pflicht, da einzugreifen und sie sollte das überall im eigenen Interesse tun.

Zur völligen Instandsetzung der Wohnungen gehört aber nicht nur die Austrocknung der durchfeuchteten Wohnungen, sondern auch ihre Desinfizierung.

Denn die Feuchtigkeit, die durch das Hochwasser in die Wohnstätten getragen wird, ist nicht die einzige und nicht immer die größte Gefahr.

Das Hochwasser ist oftmals, — nicht immer! — geradezu die Verbreiterin von Krankheitsstoffen aller Art gewesen. Die Wucht der heranbrausenden Fluten zerstört Senkgruben und wühlt Aborte auf und trägt deren Inhalt fort. Ja, aus Flüssen und Bächen werden nicht selten in Fäulnis geratene Leichen von verunglückten Personen oder von umgekommenen Tieren aus dem Grunde an die Oberfläche emporgehoben. In den Räumen selbst, in die Wasser eingedrungen ist und wo nach dem Verlaufen des Hochwassers kleine Wasserbestände in Kellern zurückbleiben, wo man sie nicht bald wahrnimmt, entsteht Fäulnis aller Art, und so können überall Herde von Krankheiten entstehen, die nur durch sehr rationelle Desinfizierung zu beseitigen sind.

Die größte Gefahr aber für ganze Orte entsteht durch die Verunreinigung von Brunnen und Wasserreservoirs der Wasserleitungen mittels Hochwasser.

Es ist vorgekommen, daß bei lang andauernden Hochwassern ganze Orte, trotzdem die Wohnstätten völlig unter Wasser standen, so daß man kein trockenes Plätzchen fand, ohne jedes Trinkwasser waren, da alle Brunnen ebenfalls verunreinigt waren.

Sobald das Hochwasser in die Brunnen eingedrungen ist, sollten sie behördlich geschlossen und einer völligen Reinigung unterzogen werden. In Dörfern ist dies natürlich leider nicht überall möglich, aber es ist unbedingt nötig, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090224015/fragment/page=0001

Parteinachrichten.

Mainz, 23. Febr. Für die Stichwahl im Wahlkreise Bingen-Alzey beschloß die sozialdemokratische Partei, für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei Pfarrer Korell einzutreten. (Die Sozialdemokraten hatten im ersten Wahlgang für ihren Kandidaten, den Redakteur Adelung, 1559 Stimmen abgegeben.)

Stade, 23. Febr. Im 18. hannoverschen Wahlkreis Stade-Bremervörde ist die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Senator Reese auf den 6. April anberaumt worden. In einer Vertrauensmännerversammlung der Freisinnigen Volkspartei wurde mit großer Majorität die Aufstellung eines eigenen Kandidaten beschlossen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung vom 23. Februar.

Am Ministertische: v. Arnim.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die zweite Lesung des

Landwirtschaftsetats

wird fortgesetzt. Beim Titel „Veterinärwesen" beklagt

Abg. Klausener (Ztr.)

die Ueberwachung des Fleischverkehrs im Landkreise Köln von der Stadt Köln aus.

Geheimrat Schröter

erwidert, daß das aus finanziellen Gründen die vorteilhafteste Art der Ueberwachung sei.

Frhr. v. Maltzahn (kons.)

fordert energische Bekämpfung der Tierkrankheiten durch den Staat. Es handle sich darum, große Werte der Landwirtschaft zu schützen. Eine Entschädigungspflicht bei Maul- und Klauenseuche sei notwendig.

Landwirtschaftsminister v. Arnim:

Was zur Bekämpfung der Tierkrankheiten geschehen kann, ist und wird geschehen. Wir können aber nicht ohne weiteres die gewünschte Entschädigungspflicht des Staates einführen. Dazu wäre ein besonderes Gesetz notwendig.

Beim Titel „Dispositionsfonds zu Pferderennen" beantragen die Abgg. Schulze-Pelkum (kons.) und v. Oertzen (frk.) 300 000 Mark, die jetzt unter den außerordentlichen Ausgaben angefordert werden, auf dauernde Ausgaben zu übernehmen.

Abg. v. Oertzen (frk.)

begründet den Antrag. Eine gute Pferdezucht sei nur möglich, wenn die Pferde auf der Rennbahn erprobt werden. In Frankreich würden die Rennvereine staatlicherseits weit mehr unterstützt, als bei uns. Wenn die Regierung sich weiter auf diesem Gebiet so zurückhält, würde uns Frankreich bald überflügeln. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim:

Den Ausführungen des Vorredners über die Bedeutung der Pferdezucht stimme ich zu, muß aber dem Antrage entschieden entgegentreten.

Abg. Graf Henckel-Donnersmarck (Ztr.)

empfiehlt den Antrag vom militärischen Standpunkt aus. Man müsse für eine gute Pferdezucht sorgen, damit wir im Kriegsfalle nicht Mangel an Pferden haben, wie es England beim Burenkriege ergangen ist.

Abg. Schulze-Pelkum (kons.):

Wir wollen die 300 000 Mark dauernd festlegen gerade im Interesse der kleinen Rennvereine. Da der Minister dem Antrage widersprochen hat, ziehe ich ihn zurück, bitte aber, eine Resolution anzunehmen, die für den nächsten Etat die Uebernahme ins Ordinarium fordert.

Ein Regierungskommissar

bittet, auch die Resolution abzulehnen.

Abg. Funck (frs. Vp.)

lehnt namens seiner Partei die Resolution ab. Bei der schwierigen Finanzlage könne man diese Ausgaben für Wettrennen, die an sich schon kaum zu rechtfertigen seien, nicht noch dauernd übernehmen.

Abg. Glatzel (nl.):

Die kleinen Rennvereine bedürfen einer gewissen Sicherheit. Meine Partei wird daher zum größten Teil für die Resolution stimmen.

Die Resolution wird gegen die Linke angenommen.

Beim „Dispositionsfonds zur Förderung des Molkereiwesens" empfiehlt

Abg. Dr. Hoeveler (Ztr.)

die weitere Einrichtung von Milchschankstellen. Das liege besonders im Interesse der Arbeiter. Auch in Fabriken und Werkstätten sollte man Milch ausschenken. Der Redner empfiehlt die Unterstützung der Milchschankgesellschaft für Rheinland und Westfalen.

Minister v. Arnim:

Wir erkennen die Bedeutung dieser Bestrebungen für die Volksgesundheit durchaus an.

Beim Kapitel „Förderung der Fischerei" bedauert

Abg. v. Klöderer (W. d. L.):

die Verunreinigung des Mains und des Rheins durch Abwässer. Den Schiffer im kleinen Kahne ergreife es mit wildem Weh, wenn er die Mißstände sehe. Die Loreley habe längst das Singen und Kämmen eingestellt, weil ihr der Gestank zu groß geworden. (Heiterkeit.)

Abg. v. Böhlendorff-Kölpin (kons.)

beklagt den allgemeinen Rückgang der Fischzucht.

Abg. Schwabach (nl.)

bittet die Regierung, zu versuchen, den Fischstand zu vermehren und geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zieles zu erwägen.

Abg. Brust (Ztr.)

bringt Klagen der Zoppoter Fischer zur Sprache. Es fehle dort an einem modernen Fischereihafen.

Abg. Kreth (kons.)

empfiehlt Einrichtung von Fortbildungskursen zur Weckung des Verständnisses für die Bedeutung der Fischerei, namentlich im Osten. Wenn Abg. Schwabach die Besiedlung der Seen mit Fischen verlange, so hoffe er, daß der Minister das Haff nicht mit Goldfischen besiedeln werde. (Heiterkeit.)

Beim Kapitel „Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen" befürwortet

Abg. v. d. Hagen (Ztr.)

eine Neugestaltung des Meliorationsplans, der vor dreißig Jahren aufgestellt, heute teilweise veraltet sei. Die Moorkultur müsse kräftig gefördert werden.

Abg. Dr. v. Wonna (frk.):

Die Meliorationsprojekte sollten nicht am letzten Ende in Berlin entschieden werden, sondern durch die Oberpräsidenten. Das wäre schon ein wertvolles Stück Verwaltungsreform. Die Förderung der Moorkultur ist in der Tat dringend nötig. Die Kanäle, namentlich in Hannover, bedürfen des weiteren Ausbaus.

Abg. Graf Spee (Ztr.)

bittet den Landwirtschaftsminister, am Niederrhein geschädigte Landeskulturinteressen gegenüber dem Strombaufiskus zu vertreten.

Minister v. Arnim:

Der Moorkultur haben wir unser Augenmerk längst zugewandt. Die Tatsache, daß immer weniger Torf bei uns verkauft wird, hat uns dazu geführt, es mit einer neuen Art der Torfverwertung auf elektrischem Wege zu versuchen. Hoffentlich wird das von anderen Unternehmern nachgeahmt.

Abg. Dr. Gaigala (kons.-lit.)

tritt für Eindeichungen von Wiesenkomplexen in Ostpreußen ein.

Abg. Dr. Wagner (frk.)

wünscht mehr etatsmäßige Meliorationsbeamte. Jetzt sei über die Hälfte nicht fest angestellt.

Abg. Graf Spee (Ztr.):

Durch die Regulierungsarbeiten am Oberrhein ist ein zu schneller Abfluß des Wassers von den Wiesen herbeigeführt worden. Die Wiesen müssen jetzt gedüngt werden, was früher nicht notwendig war. Die Besitzer sind dadurch geschädigt, und der Minister sollte sich ihrer annehmen.

Abg. v. Davier (kons.)

befürwortet Meliorationen im Kreise Salzwedel-Gardelegen.

Abg. Heine (nl.)

regt umfassende Aufforstungen auf dem Eichsfelde an. Die Forsten sind der einzige Schutz gegen die großen Unwetter, von denen das Eichsfeld heimgesucht wird.

Abg. Tourneau (Ztr.)

unterstützt die Anregung.

Abg. Westermann (nl.)

betont die Notwendigkeit einer weiteren Förderung der landwirtschaftlichen Vereine.

Abg. Dietrich-Thorn (frs. Vp.):

Der heimische Obstbau bedarf der Unterstützung der Regierung, besonders in den östlichen Provinzen. Die Obstbaugenossenschaften müssen gefördert werden. Dann wird dem ausländischen Obste bald erfolgreiche Konkurrenz gemacht werden.

Abg. Wallenborn (Ztr.)

tritt ebenfalls für den deutschen Obstbau ein

Damit ist der ordentliche Etat erledigt; es folgt der außerordentliche.

Abg. Tourneau (Ztr.)

bittet um eine mildere Praxis bei der Verteilung des Fonds für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen.

Das Haus vertagt sich. Mittwoch 11 Uhr: Landwirtschaftsetat (Fortsetzung), Gestütsetat und Hochwasserinterpellationen.

Schluß nach 4 Uhr.

34. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Berlin, 23. Februar.

Unter zahlreicher Beteiligung von Reichs- und Landtagsabgeordneten der rechtsstehenden Parteien und Delegierten fast aller größeren landwirtschaftlichen Organisationen des Reiches, so des Deutschen Landwirtschaftsrates, der der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, des Preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums und des Bundes der Landwirte trat heute vormittag im Festsaale des Berliner Künstlerhauses die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu ihrer 34. ordentlichen Generalversammlung zusammen, deren einziger Verhandlungsgegenstand die

Finanzreform

bildet. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Vorsitzenden, Landesdirektor Frhr. v. Manteuffel, eröffnete Graf v. Mirbach (Sorquitten) die Verhandlungen mit Worten der Begrüßung und schließt mit einem Hoch auf den Kaiser. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Prof. Dr. Otto Gerlach (Königsberg) und Kammerherr Frhr. zu Putlitz (Groß-Pankow) behandeln an erster Stelle die Reichsfinanzreform unter dem Gesichtspunkte: „Welche Wirkung würde deren Realisierung auf etzischem und wirtschaftlichem Gebiete haben, unter besonderer Berücksichtigung a) der Erbschaftssteuer, b) der erhöhten Brannweinsteuer.

Ueber die Frage: „Was kann auf dem Gebiete der Verwaltung der preußische Staat und das Deutsche Reich für eine ersprießliche Lösung der Finanzfrage tun?" referierte das Herrenhausmitglied Dr. jur. v. Burgsdorff-Markendorf unter Zugrundelegung folgender Resolution:

„Zur Hebung und Gesundung unserer Finanzen im Reiche wie in Preußen erscheint eine Vereinfachung und Verbilligung der gesamten Verwaltung geboten, nötigenfalls durch Abänderung der einschlägigen Gesetze, sowie die größtmögliche Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß für eine andauernde Gesundung unseres Finanzwesens eine genaue Festsetzung der Besteuerungsform zwischen Reich und Einzelstaaten notwendig ist, dergestalt, daß dem Reiche die indirekten Steuern überlassen werden."

Zu dem Thema: „Ist in Preußen eine Erhöhung der direkten Steuern (Einkommen- bezw. Ergänzungssteuer) notwendig?" referierte das Herrenhausmitglied Graf v. Mirbach-Sorquitten.

Prof. Dr. Adolf Wagner trat in der Debatte für direkte Steuern ein. Er sei der Ansicht, daß durch indirekte, durch Verbrauchssteuern, der kleine Mann allzu sehr belastet werde, der mit Rücksicht auf seinen kärglichen Verdienst nicht in der Lage sei, neben seinem notwendigen Ausgaben noch Steuern zu bezahlen. Bei dem kleinen Mann werde Salz, Kaffee, Bier, Tabak, Branntwein besteuert, die höher begüterten Klassen sind mehr in der Lage, Vermögens-, Erbschafts- und andere direkte Steuern zu tragen. (Lebhafter Widerspruch.) Meine Herren, ich stehe vor Ihnen als ein Mann der Praxis, und lasse mich durch Ihren Widerspruch nicht beeinflussen. Sie gehen nur von einseitigen theoretischen Ansichten aus, und deshalb bekämpfen Sie die Erbschaftssteuer. Ich hoffe, daß der Staat festbleiben wird und daß die Steuer im Landtage durchgeht. (Zuruf: Sie werden wohl kein Glück haben!) Zeigen Sie mir in Europa einen Staat, bei dem direkte und Erbschaftssteuern nicht eingeführt sind, sogar in Oesterreich und zwar mit einem höheren Prozentsatz als bei uns geplant. Mit Recht sagt der kleine Mann: gerade diejenigen Kreise, welche die Steuern bezahlen können, drücken sich davor, wenn sie mit ihrem Vermögen eintreten sollen, die Finanzwirtschaft des Staates aufzubessern. Vollkommen recht haben diese kleinen Leute. Ich habe meine Pflicht erfüllt und meiner Ueberzeugung hier Ausdruck gegeben, auch wenn ich meine Popularität in Ihren Kreisen einbüßen sollte. (Lautes Lachen.) Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Ich hoffe, daß der Staat die nötigen Maßregeln ergreifen wird, um die direkten Steuern später noch zu vervollkommnen.

Ausland.

Zur Orientkrisis.

Deutschland als Friedensvermittler.

In Wiener politischen Kreisen wünschen viele einflußreiche Personen, daß Oesterreich, allerdings ohne serbisches Territorium zu erobern, den Serben eine Lektion erteilen solle. Nun sind heute aber selbst die kleinen Völker keine Kinder mehr, die man züchtigt, und wenn Oesterreich serbisches Territorium besetzen würde, so würde Rußland diesen Schritt als einen Affront betrachten. Die russische Regierung, so friedlich sie auch gesinnt sei, würde dem Ansturm zahlreicher Personen in Rußland, die über Oesterreich erbittert sind, nicht widerstehen können und mit Gegenmaßregeln antworten müssen. **Dieser Umstand könnte zum Ausbruch eines Krieges führen, der von unabsehbaren Folgen wäre. Aus diesem Grunde haben Frankreich, England und Italien gemeinsam in Berlin Schritte unternommen, um die deutsche Regierung zu bestimmen, gemeinsam mit ihnen in Wien zu intervenieren, damit die österreichische Regierung an der Konsolidierung des Friedens mitarbeite und einen Weg zur Verständigung mit Serbien suche.** Fürst Bülow, bei dem die Vertreter der Mächte ihre Mission vorbrachten, gab zwar keine bestimmte Antwort, erklärte aber, daß er die Angelegenheit mit großer Sorgfalt prüfen wolle. Es sei auch sein Wunsch, den Frieden in Europa zu erhalten. — Von Interesse ist eine Auslassung des „Eclair", worin es heißt:

---

da die Bewohner aus eigenem Antrieb die Reinigung vornehmen, die nicht streng genug vollzogen werden kann. Eine völlige Auspumpung des Wassers und Desinfizierung durch Aetzkalk ist notwendig.

Ist dies nicht gleich möglich, so möge man sich vorläufig damit behelfen, das Wasser vor der Benutzung abzukochen. Aber über die früher oder später vorzunehmende Desinfizierung des Brunnens, der vom Hochwasser beschädigt worden, wird man nicht leicht hinwegkommen, weil solche Brunnen dauernd eine Gefahr für die Benutzer bleiben, wenn diese Gefahr sich auch nicht immer gleich bemerkbar macht.

Die gefährlichsten Epidemien können durch derart verunreinigte Brunnen entstehen; Typhus, Cholera und andere minder gefährliche Krankheiten können die Folgen sein.

In kleinen dörflichen Orten, wo sich oftmals Aborte, Dunggruben, Brunnen usw. allzu nahe aneinander befinden, kommt es nicht selten vor, daß der Brunnen anscheinend oder auch wirklich unversehrt ist, während aber Abort und Dunggrube in Mitleidenschaft gezogen wurden und die Folgen dieser Beschädigung sich erst lange nach dem Hochwasser bemerkbar machen, indem jene Aufbewahrungsstätten für Abfallstoffe, wenn man schon lange nicht mehr an das Hochwasser denkt, mit dem Inhalt des Brunnens in Berührung kommen und diesen unbrauchbar machen. Daher ist die sorgfältigste Besichtigung der Abortgruben eine Notwendigkeit, der man sich nicht entziehen darf.

Was aber von den einzelnen Wohnstätten gilt, gilt auch von den öffentlichen Gebäuden, den Kirchen, Schulen, Versammlungsstätten usw.

Der stundenlange Aufenthalt der Kinder in durchfeuchteten Schulen kann natürlich ebenso schädlich wirken, wie der Aufenthalt im Hause. Daher müssen denn die Schulen geschlossen werden, ehe sie nicht völlig ausgetrocknet sind, und einer Desinfizierung unterzogen werden.

Das Beste wäre freilich, auch noch weiter eine Zeitlang die Schulen zu schließen, bis jede Gefahr der Verbreitung von Epidemien beseitigt ist.

Aber abgesehen von der unmittelbaren Durchfeuchtung von Wohnstätten beim Hochwasser werden auch die nicht betroffenen, oberen Wohnstätten der unter Wasser gesetzten Städte und Stadtteile von Krankheitsgefahren bedroht, denn das Wasser trägt aus den angegebenen Gründen nicht selten Krankheitsstoffe mit, die auch durch bloßes Einatmen schädlich wirken.

Also, wo nur die Hochwasser hindrangen, ist größte Vorsicht geboten; man hat in bezug auf die Kinderpflege besonders jede Rücksicht zu nehmen, wie man sie bei Epidemien aller Art zu haben pflegt. Man hat Milch und andere Getränke für Kinder vorsichtig abzukochen, damit sie nicht Krankheitsstoffe mit der Nahrung bekommen.

Ueber das Austrocknen der Wohnräume ist nur zu sagen, daß keine Austrocknung ohne dauernde Zufuhr von frischer Luft empfehlenswert ist.

Am besten zum Austrocknen eignen sich offene Koksöfen, wobei dauernd in der oberen Lage der Räume Zugwind vorhanden sein kann. Dadurch verdunstet das Wasser resp. der Feuchtigkeitsgehalt der Räume.

Diejenigen Wände, die zwischen Wohnungen selbst liegen, sind sorgfältiger auszutrocknen als die anderen, welche frei nach der Straße oder nach den Höfen liegen. Sobald die Temperatur nur irgendwie sich hebt, sind die Fenster weit zu öffnen, besonders um Sonnenstrahlen hineinzulassen, denn diese trocknen nicht nur, sondern sie desinfizieren auch, wie überhaupt auch der Zugwind als guter Luftreiniger gelten kann.

Es gibt Räume, — in Kellerwohnungen, Alkoven usw., — die nach einem Hochwasser niemals völlig wieder austrocknen und in denen ein Feuchtigkeitsgehalt dauernd zurückbleibt. Diese würden natürlich am besten nicht wieder bezogen.

Indessen, nachdem so auf alle Gefahren und Folgen der Hochwasser hingewiesen worden, möge auch zum Trost noch gesagt werden, daß nirgends die Bäume in den Himmel zu wachsen pflegen und daß auch alle jene Gefahren uns umdrohen können ohne Hochwasser.

Ja, es darf sogar erwähnt werden, daß manchmal auch die Hochwasser heilbringend wirken; denn manche Brutstätte von Krankheiten wird von der schnell daherbrausenden Flut aufgestöbert und hinweggeschwemmt. Jedes Unheil pflegt auch seine guten Seiten zu haben; das ist ebenfalls hier der Fall. Freilich auf die guten Seiten einer Sache blicken wir Menschen weniger, die schlimmen haben wir pflichtgemäß zu beachten, daß nicht noch größeres Unheil daraus erwachse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090224015/fragment/page=0002

Für Oesterreich, das eine Lösung des Konflikts mit Serbien wünscht, ergeben sich nur zwei Möglichkeiten; entweder Serbien akzeptiert das Fait accompli der Annexion von Bosnien und der Herzegowina und überläßt es den Mächten, Kompensationen für Serbien zu schaffen, die aber nicht anders als wirtschaftlicher Natur sein können; oder aber Serbien hält seinen Protest gegen die Annexion aufrecht, und dann bleibt Oesterreich nichts anderes übrig, als **serbisches Territorium zu okkupieren und Serbien im Interesse des Friedens zu entwaffnen.** Das würde nun zwar keinen Krieg bedeuten, denn das Verhältnis zwischen den beiden Heeren wäre doch ein gar zu ungleiches, allein eine Entwaffnung Serbiens wäre geeignet, Europa in hohem Maße zu beunruhigen, und es sei daher dringend zu wünschen, daß den Mächten eine friedliche Austragung dieses Konfliktes gelingt.

Die Auffassung in Wien.

Der „B. Z. a. M." wird telegraphiert: **In der politischen Situation ist insofern eine Aenderung eingetreten,** als der unglaublich freche Artikel in dem serbischen Regierungsorgan berechtigtes Aufsehen erregt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon binnen 14 Tagen der Krieg ausbricht.

Der russische Vorschlag abgelehnt.

Die türkische Regierung hat den russischen Vorschlag betreffend Abstreichung des Betrages von 125 Millionen von der türkischen Kriegsschuld als Entschädigung für die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens, die Annexion Ostrumeliens sowie die Enteignung der Orientbahn abgelehnt. Die ablehnende Haltung der Türkei ist bisher in Sofia noch unbekannt gewesen und wird dort zweifellos eine große Erregung hervorrufen.

Auffällige Truppenkonzentrationen an der österreichischen Grenze.

Polnische Blätter berichten, daß an der russisch-österreichischen Grenze eine auffallende Bewegung des russischen Militärs stattfindet. Ueberall werden größere Truppenmassen konzentriert und die Grenzbistrikte werden von höheren Offizieren bereist. Den Gemeinden werden ihre Verpflichtungen für den Mobilisierungsfall in Erinnerung gebracht. **Der neue Kommandant von Kiew visitierte die Garnison und sagte zu den Offizieren, sie sollten daran vorbereitet sein, daß der Krieg stündlich ausbrechen könne.** In dem Orte Proskurow an der österreichischen Grenze wurde die Garnison um 5000 Mann verstärkt.

Der Haß gegen Oesterreicher und Deutsche in Montenegro.

PT. **Cattaro,** 23. Febr. (Spezialtelegramm des „Preß-Telegraph".) Nach den letzten Nachrichten, die hier aus Montenegro angelangt sind, steigert sich der Haß gegen alles, was österreichisch und deutsch ist, in Montenegro täglich. Die Meldungen, daß der Erbprinz Danilo zu Gunsten seines jüngeren Bruders des Prinzen Mirko auf den Thron verzichten würde, sind unbegründet. Erbprinz Danilo wartet nur auf den Moment, wo er den Fürstenthron besteigen wird. Man nimmt in gut unterrichteten Kreisen an, daß sein erstes Bestreben sein wird, das Land an den Meistbietenden zu verkaufen. In seiner Kasse herrscht chronische Ebbe, trotz des Zuschusses von 50 000 Mark, den seine Gattin, die mecklenburgische Prinzessin Jutta, oder wie sie seit ihrem Uebertritt zur orthodoxen Religion heißt, Militza, erhält. Die Apanage des Erbprinzen beträgt nur 12 000 Franken und er verfügt über gar kein Kapital. Dieselbe Armut wie bei Hofe herrscht in der Bevölkerung und auch die Staatskasse weist dementsprechend eine gähnende Leere auf. Die Bemühungen des Fürstentums, Kredite für Waffenanschaffung zu erhalten, sind erfolglos geblieben und außer den 150 Patronen, die jeder waffenfähige Mann erhalten hat, ist weitere Munition nicht vorhanden. Die Bewaffnung besteht aus ausgemusterten österreichischen und russischen Gewehren, verschiedener Systeme, so daß die Beschaffung von Munition nicht nur sehr kostspielig, sondern auch äußerst kompliziert ist. Wie stark die deutschfeindliche Stimmung im Lande ist, geht aus dem Umstande hervor, daß der Erbprinz Danilo kürzlich auch seine letzten deutschen Bediensteten, die er mit Rücksicht auf seine Gattin hielt, die noch immer eine Fremde im Lande ist, da sie sich absolut nicht an das montenegrinische Leben zu gewöhnen vermag, entlassen hat.

Besuch Ferdinands von Bulgarien in Berlin.

Fürst Ferdinand beabsichtigt dem „B. T." zufolge, bei seiner Rückreise Aufenthalt in Berlin zu nehmen. In Berliner diplomatischen Kreisen wird der Umstand, daß Rußland den Fürsten mit königlichen Ehren empfangen hat, nicht als bloße Formalität gegenüber dem Trauergaste angesehen. **Es wird ihm vielmehr große politische Wichtigkeit beigemessen. Es erhält sich die Annahme, Rußland werde die Anerkennung Ferdinands als König den anderen Mächten vorschlagen, nachdem Ferdinand eine längere hierauf bezügliche Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Iswolski gehabt hat.** Am Kaiserhof wird der bulgarische Herrscher, der gestern in Zarskoje-Selo frühstückte und auch eine Audienz bei der Kaiserin hatte, sehr ausgezeichnet.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 24. Februar.

Hausbesitzer und Verteuerung des Telephonverkehrs.

In Nr. 86 der „Saale-Zeitung" vom 20. ist unter „Halle und Umgebung" ein Artikel zu eben genanntem Thema enthalten, zu dem es einem Kenner der Verhältnisse gestattet sei, einige Worte zur Aufklärung zu sagen:

„In dem Artikel ist leider angeregt worden, die Hausbesitzer sollten doch ihre Häuser bezw. Dächer nicht mehr zur Aufstellung von Fernsprech-Gestängen usw. hergeben. Das ist ein ganz gefühlloser Vorschlag! Durch Gesetz ist nämlich festgelegt worden, daß nur dann ein Anschluß hergestellt werden darf, wenn der Hausbesitzer sich schriftlich damit einverstanden erklärt, daß auf dem betr. Grundstücke alle zur Einführung, Herstellung und Instandhaltung der Fernsprechanschlüsse erforderlichen Einrichtungen vorgenommen werden dürfen. Das ist ja eigentlich etwas ganz selbstverständliches — denn ohne diese Erlaubnis ist ja eben die Herstellung der Anschlüsse unmöglich. **In diesem Reverse verpflichtet sich aber gleichzeitig die Verwaltung dazu, alle durch die genannten Vorrichtungen am Hause bezw. Dache entstehenden Beschädigungen sofort für Rechnung der Postkasse zu beseitigen.** Tatsächlich wird hierin von der Verwaltung stets das weiteste Entgegenkommen gezeigt.

Wer würde denn nun wohl den Schaden haben, wenn sich z. B. in einer der Hauptstraßen ein oder mehrere Hausbesitzer dazu hinreißen ließen, die jetzt bestehenden Gestänge usw. zu kündigen? Zunächst müßte die Verwaltung die in den betr. Grundstücken bestehenden Anschlüsse wegnehmen, da ihr ja die Möglichkeit zur Herstellung der erforderlichen Einrichtungen genommen ist. Dann aber würde u. a. der Fall eintreten, daß **ganze Straßenzüge keine Anschlüsse mehr bekommen könnten,** bezw. daß die vorhandenen aufgehoben werden müßten, weil ja die erforderlichen Einrichtungen, Leitungszuführungen nicht mehr möglich sind.

Und das muß noch zur Warnung gesagt werden: **„Druck erzeugt immer Gegendruck!"** Die Verwaltung würde und könnte nicht mehr das jetzige Entgegenkommen zeigen. Das Publikum müßte also ganz allein den Schaden tragen, denn bei der notorisch schlechten Verzinsung des Fernsprechbetriebes hat doch die Verwaltung kein so großes Interesse daran, **recht viele** Anschlüsse herzustellen, ihr kann es doch ziemlich gleich sein, ob Müller oder Schulze einen Anschluß bekommt — der Anschluß hat für sie kein Interesse, sondern nur für den Teilnehmer, der ihn dringend braucht und der allein einen geschäftlichen Nutzen daraus zieht.

Es ist also eine **sehr zweischneidige Waffe,** zu der da geraten wird. Das erste Mal wäre es nicht, daß durch derartiges unbesonnenes Vorgehen die Verwaltung zu Repressalien gezwungen worden ist. **Ohne Häuser — keine Anschlüsse!** Durch ähnliche Manöver haben schon verschiedene Städte sich selbst Jahre lang schweren Schaden zugefügt, da einfach die Herstellung von Anschlüssen solange eingestellt werden mußte, als Schwierigkeiten gemacht wurden.

Wollten nun wirklich Hausbesitzer, in deren Grundstücken sich Läden, Kontorräume, große Wohnungen usw. befinden, die Ausstellung des Reverses ablehnen, **so würden ihre Häuser sehr bald leer stehen,** denn die Räume würden für Geschäftszwecke wertlos sein, da ein Geschäftsmann heute ohne Anschluß nicht mehr bestehen kann! Sogar das Reichsgericht hat darüber bereits entschieden, daß jeder Geschäftsmann, der zu seinem Betriebe einen Anschluß benötigt, vom Hausbesitzer die Genehmigung zu dessen Einrichtung verlangen kann.

Dies mögen sich die Hausbesitzer und der Hausbesitzerverein zu Gemüte ziehen und sich die Nachteile vor Augen halten, die für sie und u. a. für die gesamte Geschäftswelt und damit für das Wachsen und Gedeihen der ganzen Stadt unbedingt entstehen müßten, wenn sie dem in Nr. 86 der „Saale-Zeitung" gegebenen Rate folgen wollten!

Ebenso ist der Ratschlag, die Hausbesitzer sollten als **Gegenleistung eine angemessene Entschädigung oder gar einen freien Anschluß für sich verlangen,** zu **verwerfen.**

Was ist eine angemessene Entschädigung? Der eine beansprucht jährlich 50 Mk., der andere gar 100 Mk. oder noch mehr! Wer würde denn dadurch den Schaden haben? Wieder nur die Teilnehmer, denn — wie schon erwähnt — verzinst sich der Fernsprechbetrieb schon jetzt sehr schlecht. Da ja aber die Verwaltung kaufmännisch arbeiten soll und muß, so wird sie eben dadurch gezwungen werden, die Kosten für Entschädigung der Hausbesitzer, bezw. für Hergabe eines freien Anschlusses an diese (in Halle wohl mindestens 1000) auf die Teilnehmer abzuwälzen und dann müßte eben jeder Anschluß 30—50 Mk. teuerer werden!

Warum läßt denn jeder Hausbesitzer die zur Einführung der Wasser-, Gas- und elektrischen Leitungsanlagen erforderlichen Vorrichtungen, die er doch noch teurer bezahlen muß, an seinem Grundstücke vornehmen? Weil er sonst seine Wohnungen leer stehen haben würde. Genau so ist, bezw. wird es, bezüglich der Fernsprechanschlüsse. Wir sind eben in Deutschland leider noch weit zurück gegen manchen anderen Staat. In den größeren Städten Belgiens, Dänemarks, Schwedens, der Schweiz usw. gehört jetzt schon ein Anschluß zum Bestandder Wohnung. Der Hausbesitzer weiß, daß er seine Wohnungen dadurch vorteilhafter vermietet. Die Hausbesitzer sind dort eben fortschrittlicher, sie machen keine unnützen verkehrshindernden Schwierigkeiten, weil sie wissen, daß es heutzutage ohne Fernsprechanschluß nicht mehr geht!"

So beachtenswert und interessant auch die vorstehenden Ausführungen sind, dringend zu fordern ist, daß die Reichspost von ihrem **verehrsfeindlichen, garnicht fortschrittlichen Plan der Verteuerung der Fernsprechbenutzung** abgeht.

Berghauptmanns Freiherrn von der Heyden-Rynsch 80. Geburtstag.

In diesen Tagen begeht der Wirkliche Geheime Oberbergrat von der Heyden-Rynsch, in Halle noch in gutem Andenken, in erfreulicher körperlicher und geistiger Frische die Feier seines 80. Geburtstages. Der „Börsen-Cour." widmet ihm folgende Zeilen: Dem verdienten Bergbeamten, dessen Tätigkeit im Staatsdienst von hohem Erfolge begleitet gewesen ist, wendet insbesondere auch die Bergwerks-Industrie ihre Sympathie zu. Hat es doch der Jubilar verstanden, in seiner amtlichen Tätigkeit niemals einen bureaukratischen Fiskalismus vorwalten zu lassen, sondern bei aller strengen Pflichterfüllung, wie sie bergpolizeiliche Aufgaben vorschreiben, war er bestrebt, die industrielle Entwicklung des Bergbaues, deren hohe Bedeutung er sowohl im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier wie in der Kali-Unternehmung erkannte, auf das Beste zu fördern. Es sei hier erwähnt, daß Geheimrat von der Heyden-Rynsch als Berghauptmann von Halle an den ersten Anfängen zur Bildung des Kali-Syndikates hervorragenden Anteil genommen hat. Geheimrat von der Heyden-Rynsch fungiert noch heute als Vorsitzender der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft und gehört auch einigen Halleschen Unternehmungen als Aufsichtsratmitglied an.

Die erfreuliche Frische des Jubilars wird ihm gestatten, seinen Ehrentag im Kreise der zahlreichen alten Amtsgenossen und Freunde zu begehen, die ihm heute ihre Anhänglichkeit bezeigen werden."

Wie wir hören, wird es auch der Staat sich nicht nehmen lassen, das Verdienst seines bewährten Bergbeamten durch Verleihung des Titels Exzellenz zu würdigen.

Der Privatdozent Lic. Hermann Mulert in Kiel, tritt kommenden Semesters hier in gleicher Eigenschaft in die theologische Fakultät ein.

Liberaler Wahlverein Cönnern. In Cönnern sprach vorgestern Herr Parteisekretär Road in einer von Anhängern des Linksliberalismus anberaumten Sitzung in fast einstündigem Vortrag über Organisationsfragen. Im Anschluß an die mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Ausführungen gründete sich ein Wahlverein, dem sämtliche Anwesende bis auf einen Herrn beitraten. Der Verein, der gute Aussichten verspricht, wird sich dem Bezirksverbande der freisl. Volkspartei Halle anschließen. Die weiteren Veranstaltungen wurden einem Herrn aus der Versammlung übertragen.

Elternabend. Durch ein Versehen ist bei dem gestern gebrachten Bericht über den ersten öffentlichen Elternabend versäumt worden zu erwähnen, daß auch der häusliche Beruf bei dieser Besprechung einer näheren Erörterung unterzogen wurde. Das diesbezügliche Referat wies auf die Aussichten in diesem Beruf und auf die Ausbildung in Haushaltungsschulen bezw. Marthahäusern hin. In der Diskussion wurde allerdings hervorgehoben, daß der Besuch einer Haushaltungsschule für viele Eltern zu kostspielig sei und daß die Möglichkeit, sachgemäße Ausbildung für diesen Beruf auf weniger kostspielige Weise zu erlangen, einem lebhaften Wunsche entspreche. Daß die Angliederung der Haushaltungskurse in den Volksschulen, nach den gemachten Erfahrungen, beginnt, fördernd auf die Wahl des häuslichen Berufes zu wirken, liefert den Beweis für das Gesagte.

Liebesgaben jeder Art, die nach der Altmark zur Linderung der Not im Ueberschwemmungsgebiete bestimmt sind und an das Landratsamt in Osterburg oder an die mit Verteilung oder Weiterbeförderung der Gaben betrauten öffentlichen Komitees oder Sammelstellen zur Eisenbahnbeförderung aufgegeben werden, finden, so wird nochmals amtlich mitgeteilt, auf preußisch-hessischen Staatsbahnen frachtfrei Beförderung.

In der Heilstätten-Geldlotterie fielen u. a. Gewinne auf folgende Nummern: Ein Gewinn zu 100 000 Mk. auf Nr. 19 408, ein Gewinn zu 25 000 Mk. auf 24 131, ein Gewinn zu 10 000 Mark auf 197 867, zwei Gewinne zu 2500 Mk. auf 90 656 und 113 366, drei Gewinne zu 1000 Mk. auf 73 978, 188 221, 215 767, zehn Gewinne zu 500 Mk. auf Nr. 7332, 14 437, 26 709, 38 928, 42 717, 52 582, 131 346, 139 664, 220 320, 244 591. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung, für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Unsere vernachlässigte hallesche Beamtenschaft!

Das Eingesandt des Herrn O. Wö. (Nr. 87) war mir zu Anfang, wie auch alles bis jetzt über Halle in dieser Angelegenheit Gelesene, verständlich, d. h. von seiten eines Beamten aus, jeder kämpft eben für seine Haut.

Wir Gewerbetreibenden sind schon daran gewöhnt, Berichte der Reichstags-, Landtags- und Stadtverordneten-Sitzungen nur noch von derartigem Inhalt zu lesen. Wo unsere Teuerungszulage, Wohnungsgeldzuschuß u. dergl. herkommt, danach wird schon längst nicht mehr gefragt, im Gegenteil, der Herr Einsender will uns sogar für eine seitens des Magistrats nicht befürwortete Angelegenheit zugunsten der Beamten büßen lassen, und zwar auf eine Art, die zu den beliebtesten Kampfmitteln der Sozialdemokratie zählt. Wenn Herr O. Wö. seine Kraft mit zur Ausbreitung der Konsumvereine usw. verwenden will, dann nur zu, viel haben wir ja nicht mehr zu befürchten, denn schon recht klein ist der Kreis der Beamten, die wir (einige 4—5 Inhaber großer Kaufhäuser ausgeschlossen) noch zu sehen bekommen, wirklich ein Zeichen großen Undankes dafür, daß wir heute gegen früher 30 Mk. und noch mehr Steuern mehr aufzubringen haben, die uns zum großen Teil wegen Bewilligung höherer Gehälter für Beamte aufgebürdet wurden.

Nur von der Beamtenschaft gewählte Stadtverordnete haben wir noch nicht, auch der Herr Stadtverordnete, der als erster die Interpellation unterschrieben hat, wird sich bewußt sein, daß er seine Wahl auch noch anderen Ständen zu verdanken hat.

Hoffentlich teilt nicht die Mehrzahl der Beamten die Ansicht des Einsenders. Herrn O. Wö. persönlich wünsche ich nicht nach Klasse B, sondern Klasse Z. —o—

Postscheckkonten.

Die Vorteile, die dem Publikum durch die seit Beginn d. J. errichteten Postscheckkonten geboten werden, sind gewiß anzuerkennen, doch macht sich hierbei ein Uebelstand, der aber leicht beseitigt werden kann, recht fühlbar, nämlich der, woher ein größeres Quantum der zur Einzahlung notwendigen Formulare zu beziehen ist. Die Postanstalten geben zwar einzelne Formulare ab und verweisen, sobald eine größere Anzahl verlangt wird, an das Postscheckamt in Leipzig. Von dort kommt dann die Nachricht, daß größere Mengen der Zahlkarten nur an Inhaber von Postscheckkonten abgegeben werden. Eine hiesige Firma, deren Geschäftsgang die Einrichtung eines eigenen Scheckkontos erübrigt, möchte künftig ihre Regulierungen, da unter ihren Lieferanten ca. 50 Inhaber von Scheckkonten sind, gern hierdurch erledigen. Sie ist also genötigt, entweder an jeden einzelnen dieser Lieferanten um Zahlkarten zu schreiben oder bei jedesmaligem Gange zur Post sich eine Karte, die kostenlos verabfolgt wird, auszubitten. Dem Publikum wäre sehr gedient, wenn jede Postanstalt Karten in gewünschter Anzahl, sei es auch gegen Bezahlung, ausgeben würde. H.

Theater und Musik.

Winter-Konzert der Sängerschaft Fridericiana.

Im Saale der Loge zu den drei Degen erschien gestern eine Elite-Gesellschaft, um der Einladung zu den Vorträgen dieser Verbindung Folge zu leisten. Außer den Mitgliedern der „Friedericiana" wirkte noch die Konzertsängerin Fräulein Martha Oppermann und der Violinvirtuose Herr Henry Prins mit. Das Orchester bildete die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 36.

Die Vortrags-Folge eröffnete eine „Rhapsodie" aus der „Harzreise" von Joh. Brahms (op. 53), in der Fräulein Martha Oppermann unter Begleitung des Chores und des Orchesters die Soloparthie zu Gehör brachte. Die Sängerin verfügt über eine kräftige und gut geschulte Alt-Stimme, die stellweise respektablen Klang aufweist und auch in der Höhe gefällig und sicher bleibt. Die Vertonung der Harzreise beginnt choralartig, steigert sich allmählich dramatisch und endet in mächtiger, ergreifender Weise. Mit den folgenden fünf Liedern von Elgar zeigte die Sängervereinigung ihr Können nach jeder Richtung. Streng künstlerisches Zusammenwirken der verschiedenen Stimmgattungen, scharfe Rhythmik und nicht zuletzt die vorzügliche Direktion des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090224015/fragment/page=0003

Herrn Otto Weinreich bewirkten Wärme und Naturfrische in den Chören und zeigten eine gleichwertige, sorgfältige Einstudierung. Mit den „Variations sérieuses" von Corelli führte sich Herr Konzertmeister Henry Prins als sympathischer Geigenkünstler ein. Er erreicht technisch höchste Vollkommenheit und entwickelt im Akkord-Wechselspiel elegante Virtuosität. Die Cotenz (Léonhard) war wohl eine der gelungensten Stellen im Vortrag. Zwei selbstkomponierte Lieder „Wiegenlied" und „Menuett" brachte der Autor, vom Herrn Dirigenten Weinrich am Flügel begleitet, mit Weichheit und Verve hübsch zur Geltung. Nach dem stimmungsvollen Gesang des Frl. Oppermann des Liedes „Befreit" von Richard Strauß und Griegs „Vom Monte Pincio", sangen die Festgeber den Chor von Krehl „Der Sommer und der Sonnenschein" und das originelle Lied „Hansel, Hansel, dein Gretelein ist ein faules Schlamperlein", das wiederholt werden mußte. Mächtig und feierlich erklang der Cantus „Helgoland", der mit Orchesterbegleitung ausdrucksträftig und überwältigend sein Feuer auch ins Auditorium trug. Die a capella-Vorträge des Psalms „Super flumina Babylonis" und „Ständchen" von Wolfram erglänzten in feierlich-lyrisch getragenem Stil und zeigten fein schattierte Melodik. Der Schlußgesang, das Wanderlied von Volbach: „Ein Heller und ein Batzen", ertönte aus den frisch-fröhlichen Studentenkehlen mit voller Natürlichkeit und packender Einfachheit.

Langandauernder Beifall lohnte alle Mitwirkenden und das Orchester. m. k.

Die philharmonische Gesellschaft in Bremen hat, wie uns ein Privattelegramm unseres Bremischen Mitarbeiters meldet, gestern in einer außerordentlichen Generalversammlung Ernst Wendel aus Königsberg i. Pr. als Nachfolger Professor Karl Panzers einstimmig zum Dirigenten der philharmonischen Konzerte gewählt.

Leopold Godowsky wurde durch kaiserliches Dekret zum Leiter der Klaviermeisterschule an der Kaiserlich Königlichen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien berufen und gleichzeitig zum Professor ernannt.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der ord. Prof. der darstellenden Geometrie an der Techn. Hochschule zu Braunschweig Dr. Walter Ludwig ist in gleicher Eigenschaft an die Techn. Hochschule zu Dresden als Nachfolger von Prof. M. Doehlis berufen worden. — Der Dozent am Polytechnikum zu Cöthen Dr. Georg Berndt hat einen Ruf als ord. Professor der Physik an die argentinische Universität in Buenos Aires angenommen. — Dr. med. Paul Sittler, erster Assistenzarzt bei Prof. Brauer an der medizinischen Klinik zu Marburg, habilitierte sich dort. — Der Preis der Dr. Elsa Neumann-Stiftung für 1908 im Betrage von 1000 Mark ist dem Dr. Felix Jentzsch für seine Arbeiten über die Elektronenemission von glühenden Metalloxyden verliehen worden. — An der Berliner Universität hat sich ein zweiter Verein studierender Frauen, der Deutsch-Akademische Frauenbund, gebildet. — Der Berliner Privatdozent Dr. Roloff wurde an Stelle des nach Kiel gehenden ord. Prof. der neueren Geschichte Raschfahl an die Gießener Universität berufen. — Die Akademie der Wissenschaften in Berlin wählte Prof. Dr. Philipp Lenard (Physiker) zum korrespondierenden Mitgliede.

Der Kaiser hat Prof. Engelbert Humperdinck den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen. — Ein Skizzenbuch Otto Ludwigs behandelte Professor Erich Schmidt in einem Vortrage vor der Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Das Skizzenbuch stammt aus der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und enthält namentlich den bisher unbekannten Urentwurf einer „Maklabäerin".

Auf eine 25jährige Tätigkeit als Universitätsprofessor kann dieser Tage der Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie Geh. Medizinalrat Dr. Richard Werth in Kiel zurückblicken. — Prof. Dr. Wendland, Ordinarius der klass. Philologie Breslau, hat den Ruf nach Göttingen angenommen und wird kommendes Sommersemester sein neues Lehramt antreten. — Den Privatdozenten in Berlin Dr. med. Ludwig Pick (Pathalogische Anatomie) und Dr. med. und phil. Ernst Friedmann (Physiologische Chemie) ist der Titel „Professor" verliehen worden. — Der Ordinarius der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Hugo Werner, beging das Fest des 70. Geburtstages. — Der Heidelberger Systematiker E. Troelsch, der von der philosophischen und theologischen Fakultät in Berlin als Nachfolger Paulsens resp. Pfleiderers gewählt ist, wird den Sommer über bestimmt noch der Heidelberger Hochschule erhalten bleiben. — Im mineralogischen Institut zu Jena ist Sonntag nachmittag unter zahlreicher Beteiligung die Gründung einer mineralogischen Gesellschaft erfolgt. — Der Direktor des Instituts für physikalische Chemie an der Universität Göttingen, Prof. Dr. G. Tammann, hat einen Ruf als Präsident der russischen Akademie der Wissenschaften zu Petersburg, zum Nachfolger Mendelejews abgelehnt.

Franz Skarbina begeht heute seinen sechzigsten Geburtstag. Skarbina ist geborener Berliner. Seine realistische Grundstimmung führte ihn zu Menzel, an dessen Art er sich anfangs sehr eng anschloß. Die moderne französische Malerei gab ihm viele Anregungen. Seine Stätte wurde Paris und die belgischen alten Städte und moderne Bäder. Skarbina gehörte zu den Gründern der Sezession. Der Auftrag des Kaisers, die bekannte Demonstration der Wahlnacht zu malen, führte Skarbina an eine Aufgabe, die ihm lag, und die alle seine Kräfte anspornte. Dieses Bild läßt noch schöne Werke von ihm hoffen.

Provinzial-Nachrichten.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet.

Schwieriges Arbeiten.

Magdeburg, 23. Febr. Den Eisbrechdampfern stellen sich auf der letzten Strecke noch außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Die Dampfer sind bis heute früh nur eine kurze Strecke über den bereits gemeldeten Stand bei Kilometer 426 hinausgekommen. Einmal hemmt die außergewöhnlich dicke Eisschicht und dann die starke Strömung mit einem Gefälle von 1:60. Dazu kam, daß gestern 3 Eisbrechdampfer von der Havelmündung abkommandiert wurden und sich nach dem unteren Aland begeben mußten, um die dort aufs Neue eingetretenen Eisversetzungen zu beseitigen. Man hofft aber immer noch, daß heute die Dammbruchstelle erreicht wird; dann ist ja ein sofortiges Fallen des Wassers zu erwarten und ein weiterer Zufluß in das Ueberschwemmungsgebiet ausgeschlossen. Ein Hoffnungsschimmer ist insofern wahrzunehmen, als man, wie die „Magdeb. Ztg." mitteilt, mit ziemlicher Sicherheit glaubt, den linken Alandteich halten zu können. Die Pioniere verteidigen den linken Aland bei Altengehre. Das Wasser strömt freilich oberhalb Seehausens über die Eisenbahn in die linke Niederung und geht in das Zehrengraber, zum Teil auch in das Angraber Gebiet, aber weiter wird es kaum fließen.

Wie schon mitgeteilt, soll mit der Schließung der Dammbruchstelle sofort begonnen werden, sobald der Zufluß aus der Elbe aufhört. Dies ist für morgen mit ziemlich großer Bestimmtheit zu erwarten. Auf Anordnung des Ministers sind die Vorbereitungen für die vorzunehmenden Arbeiten bereits getroffen. Es werden sofort zwei Spülschiffe der Elbsträmbauverwaltung an Ort und Stelle sein. Ein Großunternehmer ist bereits für die Ausführung der Arbeiten gewonnen worden. Diese werden allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Man darf sich daher noch keineswegs in Sicherheit wiegen; weitere Gefahr beim Eintreten von neuem Hochwasser ist nicht ausgeschlossen. Es sind durchbrochene Stellen von 16 Meter Tiefe von der Deichkrone ab vorhanden.

Ueber die

Situation bei Wittenberge

liegt folgendes Telegramm vor:

Wittenberge, 23. Febr. Der Wasserstand in Seehausen ist seit heute früh um 15 bis 20 Zentimeter gefallen. Die Eisenbahn versuchte, von Osterburg nach Seehausen vorzudringen. Als die Lokomotive aber ein Meter unter Wasser stand, mußte der Versuch aufgegeben werden, um einer Explosion vorzubeugen. Auf Anordnung des Kaisers wird eine Kompagnie Pioniere noch mindestens eine Woche in Seehausen verbleiben. Kleidungsstücke trafen in freiwilligen Gaben in großen Mengen ein, dagegen fehlt es an Schuhwaren, vor allem an derben Stiefeln. In der Wische zeigen sich erneut große Eisblöcke, die leicht neue Verstopfungen herbeiführen können. Vom Depot am Seehauser Bahnhof werden noch große Mengen Sprengmaterial verlangt.

Schwerer Rodelunfall.

(!) **Neustadt** a. d. Orla, 22. Febr. Beim Rodeln stürzten 12 Kinder einen steilen Abhang hinab. Alle wurden verletzt, sieben von ihnen schwer.

)(**Landsberg**, 23. Febr. (Einige Handwerkszeugbuden) des Steinbruchs am Kapellenberg wurden in der Nacht zum Montag erbrochen. Wahrscheinlich ist darin Dynamit vermutet worden. Entwendet wurden ca. 30 Flaschen Bier.

— **Bad Schmiedeberg**, 22. Febr. (Historischer Festzug.) Laut Beschluß des hiesigen Margarethen-Vereins findet in diesem Jahre wiederum der in weiten Kreisen bekannte historische Festzug statt. Als Tag ist der 27. Juni in Aussicht genommen.

? **Weißenfels**, 22. Febr. (Durch das Spielen mit Streichhölzern) hatten zwei allein zurückgelassene kleine Kinder das Bett in Brand gesteckt. Im letzten Augenblick noch gelang es Nachbarn, die schon besinnungslosen Kinder zu retten.

Leislau, 21. Febr. (Versteigerung der Dampfmühle.) Auf dem Wege der Zwangsvollstreckung wurde die dem Kaufmann Graul in Dessau gehörige Dampfmühle samt Zubehör öffentlich versteigert. Das Höchstgebot gab das Bankgeschäft Wachenfeld & Gumbrich mit 17 500 Mk. ab. Die Hypotheken erreichen die doppelte Höhe der Summe.

Klein-Wechsungen, 23. Februar. (Das Voigtsche, früher Lerchesche Gut) in Größe von 450 Morgen wurde gestern im Wege der Zwangsvollstreckung verkauft. Bestbietender blieb mit einem Gebot von 220 000 Mk. das Bankhaus Nathalion Nachf. in Braunschweig. Wären Inventar und Futtervorrat vorhanden gewesen, würde der Preis sicherlich ein höherer gewesen sein.

Welsleben (Kr. Wanzleben), 22. Febr. (1000 Mk. für die Ueberschwemmten.) Unser kaum 2000 Einwohner zählender Ort bewilligte außer freiwilligen Spenden 1000 Mk. für die Ueberschwemmten unserer Heimatprovinz aus der Gemeindekasse.

† **Aus dem Zerbster Kreise**, 23. Febr. (Eine Aschermittwochsitte.) In einigen Dörfern in der Mitte und im Westen unseres Kreises (Hundeluft, Weiden, Zieko, Griebo, Köselitz u. a.) herrscht am Aschermittwoch noch eine merkwürdige alte Sitte. Am frühen Morgen, ja noch in der Dämmerung, ziehen die Schulkinder nebst ihren jüngeren Geschwistern mit einem Stecken in der Hand von einem Hause zum andern. Sie sagen ein Sprüchlein auf, dabei mit der Rute auf die Hausbewohner einige leichte Schläge führend. Zum „Lohne" dafür bekommt die kleine Schar (es sind oft 10 und mehr) einige Fastenbrezeln. Diese tragen sie der Bequemlichkeit halber auf eine Schnur gereiht und um den Hals gehängt. In einigen Familien mit mehreren Kindern soll die Zahl der beim „Aeschern" erhaltenen Brezeln die 300 überschritten haben. Zum Beginn des Frühunterrichts hat dieses fröhliche Treiben, wenigstens für die Schulkinder, sein Ende erreicht.

— **Koswig**, 23. Febr. (Mit dem Baudes neuen Güterbahnhofes) wird am 1. April begonnen. An Baukosten sind vorläufig 1 100 000 Mk. in den Etat eingestellt.

)(**Schwenda**, 23. Febr. (Lebensmüde.) Von einem schweren Geschick ist die Familie des Landwirts Thilo Wolf betroffen worden. Ihre in Berlin in Stellung befindliche Tochter ist schon über 8 Tage spurlos verschwunden. In einem zurückgelassenen Schreiben teilt sie mit, daß sie freiwillig in den Tod zu ihrer verstorbenen Mutter gehen wollte. In einem schon früheren Briefe an Verwandte beklagt sie den schweren langen und schlechten Dienst bei ihrer Herrschaft. Das junge Mädchen war erst 16 Jahre alt.

Vermischtes.

Panik im Kinematographentheater. Bei einer Panik, die während einer kinematographischen Vorstellung in Tula infolge Entzündung des Apparats entstand, wurden im Gedränge 14 Personen getötet und 30 verletzt.

Ertrunken. In Böhmisch-Litovisl unternahm der 22jährige Bauernsohn Eichler mit seiner Schwester und drei anderen jungen Mädchen eine Wagenpartie. Unweit des Bahnhofes Litovisl geriet der Wagen ins Rutschen und stürzte über die steile Böschung in den angeschwollenen Litovislfluß. Alle fünf ertranken.

Beim Stilaufen. Der Fabrikant und Gemeinderat von Innsbruck Richard Gaßner stürzte bei der Abfahrt von der Alpe Furx beim Stilaufen so unglücklich auf den Kopf, daß er sofort tot war.

Schneestürme in Südwestrußland. Auf den Südwestbahnen ist der Güterverkehr infolge Schneesturmes auf einer Strecke von 3000 Werst ganz eingestellt. 20 000 Arbeiter sind beschäftigt, die Linie vom Schnee zu säubern. Im Laufe von zwei Tagen sind 30 Züge stecken geblieben. Der Schnee erreicht die Dächer der Wagen. Einige Züge sind entgleist. Die Fahrkartenausgabe nach Orten im Süden ist in Kiew eingestellt. Das Schneegestöber, das nachgelassen hatte, hat wieder eine solche Stärke angenommen, daß die Säuberungsarbeiten auf den Eisenbahnlinien gänzlich wirkungslos bleiben. Die Folgen sind häufige Zugentgleisungen. Der Passagierverkehr mit Odessa ist zwar wieder eröffnet worden, doch können die meisten Züge von Schmerinka an nicht weiter und kehren nach Kiew zurück.

Letzte Nachrichten.

Ein Liebesdrama.

Leipzig, 23. Febr. Eine blutige Affäre spielte sich heute früh um 10 Uhr in einem hiesigen Gasthofe ab. Dort war gestern abend gegen 10 Uhr ein Paar abgestiegen, das sich als Albert Espig, Kaufmann und Frau, aus Zwickau auf dem Meldezettel eintrug. Heute erschien die Sittenpolizei und forderte von dem Paare die Legitimationspapiere. Da keine vorhanden waren, wurde den Leuten befohlen, sich anzukleiden und mit nach dem Polizeiamt zu kommen. Als der Beamte sich entfernt hatte, trachten mehrere Schüsse. Das junge Mädchen fanden darauf die Beamten durch mehrere Schüsse schwer verletzt im Bett; vor dem Bett lag ein etwa 20jähriger junger Mann mit zwei Schüssen in der Schläfengegend. Das Liebespaar lebte noch und wurde nach dem Krankenhause transportiert.

Das Urteil im Prozeß Berger-Ilgenstein.

Berlin, 23. Febr. Im Prozeß gegen den Kapitän Berger fällte heute die erste Strafkammer des Landgerichts II Berlin das Urteil. Kapitän Berger wurde wegen drei öffentlichen und einer nicht öffentlichen Beleidigung zu 5000 Mk. Geldstrafe, eventuell für je 15 Mk. zu 1 Tag Gefängnis, und Dr. Ilgenstein wegen zweimaliger Beleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Da Dr. Ilgenstein der heutigen Sitzung ohne Entschuldigung ferngeblieben war, wurde seine sofortige Verhaftung ausgesprochen.

Der uneigennützige Fürst von Monaco.

Paris, 23. Febr. Verschiedene Blätter behaupten aus zuverlässiger Quelle, daß der Fürst von Monaco es gewesen sei, der die Initiative zu der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland ergriffen habe. Seit Jahren habe der Fürst an dieser Annäherung gearbeitet. Nach verschiedenen Reisen, die er nach Paris und Berlin unternommen hatte, sei es ihm gelungen, alle Schwierigkeiten zu überwinden und beide Regierungen zu veranlassen, sich gegenseitig Zugeständnisse zu machen.

Schneesturm.

PT. **Petersburg**, 23. Febr. (Spezialtelegramm des „Preß-Telegraph".) Die Nachrichten aus dem vom Schneesturm betroffenen Gebiet lauten immer trostloser. Ein Passagierzug, der zwischen Rostow und Kiew einschneite, ist von der Schneelast fast völlig zerdrückt worden. Eine Reihe von Passagieren ist erfroren, während andere schwere Verletzungen davongetragen haben. Ueber 500 Todesfälle durch Erfrieren sind bisher gemeldet worden. Im Schwarzen Meer sind eine große Anzahl von Schiffbrüchen vorgekommen.

Türkische Justiz.

Konstantinopel, 23. Febr. Im Prozeß gegen Medzib Pascha sagte der Angeklagte aus, daß nach dem Bombenattentat im Yildizpalast 53 Personen verhaftet wurden. Einer der Hauptbelastungszeugen erging sich in beleidigenden Ausdrücken gegen den Präsidenten des Gerichtshofes, worauf er sofort zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Eine Anzahl armenischer Zeugen schilderte die entsetzlichen Torturen, die mit glühenden Eisen und anderen Marterwerkzeugen zur Erpressung von Geständnissen verübt worden waren.

Dr. William Bull †.

PT. **Newyork**, 23. Febr. (Originalkabeltelegramm des „Preß-Telegraph".) Dr. William Bull, der berühmteste Chirurg Amerikas, ist gestern in Savanah an Krebs gestorben. Dr. Bull hat mehr Blinddarmoperationen in den Vereinigten Staaten ausgeführt, als irgend ein anderer Arzt, er hinterläßt ein nach Hunderten von Millionen zählendes Vermögen.

Bremerhaven, 23. Februar. Der Kaiser wird, von der Rekrutenvereidigung über Helgoland heimkehrend, am 6. März auf dem Linienschiff „Deutschland" hier eintreffen.

PT. **Mailand**, 23. Febr. (Spezialtelegramm des „Preß-Telegraph".) Die Stadt Brescia hat einen Wettbewerb für Aeroplane ausgeschrieben. Es soll ein Rundflug um die Stadt als Hauptereignis abgehalten werden. Der Bürgermeister hat bereits im Auftrag der Stadtverwaltung die Errichtung einer Station für die Abfahrt und Ankunft der Aeroplane herstellen lassen. Ende März wird die Station, die umfangreiche Schuppen, Werkstätten, Beobachtungstürme und Tribünen enthält, fertiggestellt sein. Eine Reihe bekannter Aeronauten haben sich bereits für den Wettbewerb gemeldet.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090224015/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Minister Delbrück und die Kali-Industrie.

Nach dem nunmehr vorliegenden offiziellen Berichte äusserte sich der Handelsminister bei der zweiten Beratung des Bergetats über die schwebenden Fragen der Kali-Industrie folgendermassen:

„Meine Herren, ich erkläre hiermit ausdrücklich: es hat nicht in meiner Absicht gelegen, durch das Verlangen des zweiten Schachtes irgend welche Einflüsse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kali-Industrie auszuüben. Ich habe mich nach langem Schwanken und mit schwerem Herzen trotz der voraussichtlichen wirtschaftlichen Konsequenz dazu entschlossen, den zweiten Schacht für die Kalibergwerke vorzuschreiben, weil ich der Auffassung war, dass bei den zunehmenden Tiefen der Kaliwerke und bei den wachsenden Gefahren — wir haben auch in den Kaliwerken mit Gasausbrüchen zu kämpfen — das Vorhandensein nur eines Schachtes auf die Dauer nicht mehr verantwortet werden könnte. Ebenso sind diejenigen Massnahmen, die speziell getadelt werden, weil sie die Entstehung neuer Werke im Gefolge gehabt hätten, auch lediglich wieder entstanden aus den Wünschen der Kali-Industrie, die Durchführung dieser an sich harten, aber nach meiner Ansicht absolut notwendigen Forderung des zweiten Schachtes nach Möglichkeit zu erleichtern.

Was im übrigen die Quotenübertragung und eine Reihe von anderen Fragen, die sich bei der Erneuerung des Kalisyndikats aufdrängen, betrifft, so habe ich schon in der Budgetkommission gesagt: der Einfluss des Fiskus bei dem Zustandekommen eines neuen Kalisyndikatsvertrages ist selbstverständlich geringer als früher mit Rücksicht auf eine sehr viel geringere Beteiligung. Auch das Interesse des Fiskus an dem Zustandekommen des Syndikats ist nicht mehr so gross als zu der Zeit, wo er einer der grösten Kaliproduzenten war. Aber ich bin durchdrungen von der Ueberzeugung, dass es im allgemeinen Interesse liegt, dass das Kalisyndikat wieder zustande kommt, und ich bin bereit, vom fiskalischen Standpunkt aus so wenig Schwierigkeiten zu machen wie irgend möglich, unter der Voraussetzung, dass dem Fiskus die bisherigen Vorrechte, namentlich auch sein Veto in bezug auf die Preise für die Landwirtschaft konserviert werden und, falls weitergehende Anforderungen, die mir zu Bedenken Anlass geben, seitens der Interessenten gestellt werden sollten, auch unter der weiteren Voraussetzung, dass unter bestimmten Bedingungen dem Fiskus der Austritt aus dem Syndikat jederzeit ermöglicht wird.

Ich hoffe, dass es auf dieser Grundlage gelingen wird, das Syndikat wieder zustande zu bringen, und dass es jedenfalls möglich sein wird, die Preise, die unsere Landwirtschaft bekommt, niedrig genug und im richtigen Verhältnis zu halten mit den Preisen, die das Ausland zu zahlen hat."

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 196,50, Diskonto 187,12, Deutsche Bank 244,75, Kanada 171,12, Paketfahrt 112,50, Nordd. Lloyd 91,50, Russische Anleihe von 1902 84, Laurahütte 197, Bochumer Guss 220,50, Harpener 189,12, Gelsenkirchen 186,12, Berliner Handelsgesellschaft 172,37, Baltimore 110,62, Phönix 167,87, Dresdner Bank 150,62, Schaaffhausen 135,25, Lombarden 17,25, A. E.-G. 224,37, Siemens & Halske 199,75, Deutsche Uebersee 148,90. — Tendenz: Befestigt.

Am Kassamarkt notierten höher: Böhmisches Brauhaus 3,25, Hirschberger Lederfabrik 5,50, Rosenthal Porzellan 3,25 Proz.; niedriger: Park Witzleben 30 Mk., Nordpark Terrain 35 Mk., Nordd. Gummi 3, Balcke, Tellering 2,25, Düsseldorfer Waggon 3,50, Gaggenauer Eisen 2,10, Herbrand Waggon 2,50, Lübecker Masch. 3,50, Baer & Stein 3,75, Panzer 3,50, Schubert & Salzer 2,25, Elberfelder Farben 2,25, Renner Gerbstoff 3,25, Deutsche Gasglühlicht 15, Deutsche Waffenfabrik 4,50, Gebhardt & König 6, Schweig Glashütte 3,50, Planiawerke 2,50, Thörl Oelfabrik 2,50, Concordia Spinnerei 3, Deutsche Jutespinnerei 3, Plauener Spitzen 2,25, Renner Spinnerei 2,25, Harburg-Wein Gummi 3, Bismarckhütte 7,50, Karoline 4, Konkordia Bergbau 3,50, Duxer Kohlen 3,50, Hedwigshütte 4, Königsborn 4.

Londoner Börse vom 25. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 83,93, Rio Tinto 68,25, Geduld 2,4., Goldfields 4,62, Steel com. 46,00, Steel prefs. 110,75, Rand Mines 7,71, Anaconda 8,63.

Bankfusion. Die Mansfelder Diskontogesellschaft A.-G. in Mansfeld wird von der dortigen Spar- und Kreditbank übernommen.

Kalisyndikat. Der Aufsichtsrat hat unter Vorbehalt der Zustimmung der Gesellschafter beschlossen, für die von den Hochwasserschäden in der Altmark Betroffenen eine Spende von 10 000 Mk. zu bewilligen.

Thyssen & Co. in Mülheim a. d. Ruhr. Wie der „Rhein.-Westf. Ztg." mitgeteilt wird, soll die Firma Thyssen & Co. im Begriff stehen, ein neues Patent für die Nietenfabrikation zur Ausnutzung zu erwerben. Für die vielen kleinen Nietenfabriken, die heute schon keinen leichten Stand haben, dürfte dies Vorgehen der Firma Thyssen, vorausgesetzt, dass es tatsächlich beabsichtigt ist, recht unangenehm werden, zumal Thyssen dann auf die Nieteisenfabrikation und deren Weiterverarbeitung sich verlegen soll.

Sächsisch-Thüringische Akt.-Ges. für Kalksteinverwertung in Bad Kösen. Der Aufsichtsrat beschloss, der auf den 17. April einzuberufenden Generalverstmmlung die Verteilung einer Dividende von 6 (8) Proz. vorzuschlagen.

Eisleber Dampfmühle Akt.-Ges. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte einstimmig die Bilanz und das Gewinn- und Verlustkonto, erteilte dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung und setzte die beim Eisleber Bankverein Ulrich, Zickert & Co. Filiale der Magdeburger Privatbank oder der Gesellschaftskasse sofort zahlbare Dividende auf 8½ Proz. fest. An Stelle des verstorbenen Herrn Fr. Fiedler wurde Herr Maurermeister A. Aernecke in den Aufsichtsrat gewählt.

Baumwollspinnerei Zwickau, A.-G., in Zwickau. Wenn auch die Preise für neue Aufträge wenig Nutzen liessen, so konnte dennoch, dank der noch im letzten Drittel des Jahres 1907 getätigten Garnabschlüsse, das Erträgnis auf 1 027 444 (im Vorj. 788 680) Mk. gesteigert werden. Aus dem Reingewinn sind dem Reservefonds II 50 000 (13 000) Mk. zuzuweisen. Die Tantieme erfordert 55 178 (28 834) Mk., die mit 15 Proz. (12 Proz.) vorgeschlagene Dividende 187 500 (150 000) Mk., so dass zu Neuvortrag verbleiben 65 729 (16 298) Mk.

Kammgarnspinnerei A.-G. in Zwickau. Aus dem Reingewinn sind 426 472 (448 769) Mk. ausgewiesen. Die Tantieme erfordert 62 762 (69 680) Mk., die mit wiederum 15 Proz. in Vorschlag gebrachte Dividende 270 000 Mk. Zum Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 43 710 (59 089) Mk.

Lugauer Kammgarnspinnerei, Lugau. Laut Rechnungsabschluss wurde ein Bruttogewinn von 199 125 (i. V. 178 290) Mark erzielt, woraus nach Bestreitung von 15 348 (i. V. 13 594) Mark für Reparaturen ein Gewinn von 183 776 Mk. bleibt. Hiervon gehen ab für Abschreibungen 47 408 Mk., worauf netto 136 367 Mk. bleiben. Davon sollen die Aktionäre 8 Proz. Dividende (i. V. 8 Proz.) erhalten und die beiden Reserven 36 461 Mk. Nach 11 566 Mk. Tantièmen bleiben 8339 Mk. zum Vortrag.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin.
25. Febr. 1909.
Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. März	Vorprämien. April	Rückprämien. März	Rückprämien. April
Lombarden	17 1/8 5/8	17 5/8 7/8	16 1/4 5/8	15 7/8 7/8
Franzosen	143 1/4—1 1/	143 3/4—1 1/2	141 1/—1 1/8	140 3/4—1 1/4
Baltimore	11. 3/8—1 3/8	113 1/8—2 1/8	109 1/2—1 5/8	108 3/8—2 1/8
Canad. Pacific	173 1 3/4	174 2 1/2	169 1/2—1 3/4	169 2 1/2
Türken-Lose	146 3/4—1 3/4	147 1/4 2 1/2	—	
Darmstädt. B.	130 1 1/2	131 5/ 2	127—1 1/2	126 3/8—2
Disc. Comm.	189 1 5/	189 7/—2 1/4	185 3/4 1 5/8	185 3/8—2 1/4
Berl. Hdlsges.	174 1/4 1 3/4	175 2 1/4	170 3/4 1 3/4	170 1/2—2 1/4
Dtsch. Bank	246 3/8 1 3/8	247 1/—2 1/4	242 7/8—1 3/8	242 5/8—2 1/4
Dresdner Bk.	152 3/ 1 5/8	153—2 1/8	149 1/8 1 5/8	148 3/4 2 1/8
Oesterr. Cred.	198—1 3/4	198 3/ 2 1/4	194 1/2—1 3/4	194 1/4—2 1/4
Russenbank	140 5/8—2 1/8	141 1/4—2 5/8	—	—
Dynam. Trust	161 1/2—2	162 1/2—2 3/4	157 1/2—2	157 2 3/4
Hamb. Packet	114 1/8 1 7/	114 3/4—2 3/8	110 3/8 1 7/8	110—2 3/8
Nordd. Lloyd	93 1 7/8	—	89 1/4 1 7/8	—
Prince Henry	120 1/ 2	121 2 3/4	116 1/—2	115 1/2—2 3/4
Gr. Berl. Strb.	182 5/8 2	185 3/8—2 3/4	178 5/8—2	178 1/8 2 3/4
3% Reichsanl.	87 1/2—5/8	87 5/8—3/4	—	—
Russen v 1902	85 7/8	85 1/4 1 1/8	—	
Bochumer	222 7/8—2 3/4	224 3 1/4	218 1/2—2 3/8	217 1/2 3 1/4
Laura	199 3/8—2 1/4	200 5/8 3	195 1/2—2 1/4	194 5/8 3
Gelsenkirch.	186 1/4 2 1/2	189 1/4 3 1/4	185 1/4 2 1/2	182 5/ 3 1/4
Harpener	191 1/2 2 3/4	19. 1/2 3 1/4	186 1/2—2 1/2	186—3 1/4
Phönix	171 3/ 2 5/8	172 3/8 3 3/8	166 5/8 2 5/8	165 5/ 3 3/8
D.-Luxemb.	154 7/8 2 3/4	156 1/4 3 7/8	149 3/8 2 3/4	148 1/2—3 7/8
Dortmunder	—	—	—	—
A. E. G.	227 1/4 2 1/2	228 3/8—2 1/4	222 1/4 2 1/2	221 3 1/4

Vorprämien per Mai: Lombarden 17 3/4—1 1/4, Baltimore 144 1/2 bis 1 7/8, Canada 17. 3/4 3 1/8, Türken — —, Darmstädt. Bank — —, Bochumer 225 4 1/2, Laura 201 1/2—3 3/4, Gelsenkirchen 190 1/2—4, Phönix 173 3/4—4 1/4, Harpener 19. 3/4 4, A. E. G. 2. 9 3/8—4.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen,
von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 23. Febr.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	65	Hugo	2450	2550
Alexandershall	7000	7150	Immenrode	3050	3150
Beienrode	4900	5100	Johannashall	3450	3550
Burbach	11,500	11,800	Justus I	69	72
Carlsfund	5800	6000	Kaiseroda	6700	6900
Cecilienhall	—	15	Krügershall-Akt.	76	77
Desdemona	—	5500	Ludwigshall	68	70
Dtsch. Kali-Akt.	98	99 1/2	Neustassfurt	9400	10,000
Deutschland	3150	3250	Reichskrone		
Friedrichshall	—	92	(Lossa)	1000	1150
Glückauf			Roland	—	50
Sondershausen	15,700	16,400	Ronneberg (Akt.)	117	120
Günthershall	4000	4150	Rothenberg	1500	1550
Hann. Kal. Akt	36	38	Sachsen-Weimar	2650	2750
Hansa	2850	2950	Schieferkaute	575	625
Hattorf Vorz.-A.	79	81	Siegfried I	3100	3200
Heldburg	54 1/2	56 1/2	Sigmundshall	—	127
Heldrungen I	1200	1300	Teutonia-Akt.	156	158
Heldrungen II	1025	1075	Wilhelmshall	9800	10,100
Hermann II	1785	1835	Wintershall	11,700	12,100
Hohenfels	5700	6000			
Hohenzollern	3350	3450			

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 25. Febr. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 219—221. Roggen inl. 166 167,00. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer fein 181—186, mittel 176 180, gering 173—175, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 161,00—159,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 154—164, gute 165 180, russische und Donau leichte 137 bis 141. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 152—159, kleine —,—. Weizenmehl 00 26,75 —29,50. Roggenmehl 0 und 1 20,70 — 4,00 Weizenkleie 11,25 —12,00. Roggenkleie 11 50 —12,00. (Alles frei Bahn).

Magdeburg, 23. Februar. Für 1000 kg netto ab Station. Weizen fest, englischer gut 210 — 216, mittel — — —, Sommer gut —, mittel — —, Kolben Sommer gut 225—232, mittel —,—, Rauh gut — —, mittel —,—, ausländischer gut — —, mittel —,—.

Roggen ruhig, inländischer gut 160—165, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste fest, hies. Cheval. gut 189—197, mittel —,—, Land gut 150—187, mittel —,—, ausl. Futter gut 138—140, mittel —,—

Hafer fest, inländischer gut 171—177, mittel — — —, ausländischer gut —,—, mittel —,—. Wand gut —, mittel —,—.

Mais fest, runder gut 165—170, mittel —,— — — bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—

Hamburg, 23. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst. Mecklbg., 222 - 224 Roggen ruhig, Mecklburg. und Pomm. 166 172 Gerste ruhig, südruss. 118 - 119. Hafer fest, Holst. 170—175, Mecklenburger 172—176. Mais fest, La Plata 122 124 mixed. 124 - 125.

Pest, 23. Febr. Weizen behauptet, per April 13,42 Gd., 13,43 B., Roggen per April 10,64 Gd., 10,66 Br. Hafer per April 8,90 Gd., 8,9. Br. Mais per Mai 7,50 Gd., 7,51 Br.

Liverpool, 23. Febr. Roter Winterweizen per März 8,10 7/8 per Mai 8,10 3/4. Behpt. Mais, bunter, amerikanischer per März 5,6 1/2, per Mai 5,7. Still.

Antwerpen, 23. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per Februar —,—, März 5,41 1/2 April 5,47 1/2, Mai 5,45, Juni 5,45 Fr. Behpt. Umsatz 95,000 kg.

London, 23. Febr. Balticmarkt. An der Küste angekommene Weizenladungen zum Verkauf — angebotene Weizenladungen. Weizen fester, Mais behauptet, Gerste still, Hafer behauptet.

Zucker.

Hamburg, 23. Febr. Rübenrohzucker, I. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	20,80	20,85	20,80 Mk.
„ März	20,80	20,85	20,80 „
„ Mai	20,50	20,50	20,50 „
„ August	20,80	20,80	20,55 „
„ September	19,45	19,45	19,45 „
„ Oktober	19,40	19,40	19,40 „
	still	ruhig	behauptet

Kaffee.

Hamburg, 23. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	34 3/4 Gd.	34 3/4 Gd.	34 7/4 Gd.
„ Mai	34 1/4 Gd.	34 3/4 Gd.	34 3/4 Gd.
„ September	32 3/4 Gd.	32 3/4 Gd.	32 3/4 Gd.
„ Dezember	32 Gd.	32 Gd.	32 1/4 Gd.
	still	ruhig	ruhig

Rio de Janeiro, 23. Febr. Kaffee-Zufuhren 12 000 Sack in Rio 23,000 Sack in Santos.

Havre. 23. Febr. Kaffee good average Santos per März 45 1/4, per Mai 44 3/4, per Sept. 42 1/2, pe. Dez. 41. Still.

Spiritus.

Nordhausen, 23. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105—106 l) 60,50—61,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Heu, Stroh usw.

Halle, 24. Febr. [Bericht über Heu u. Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal]. Preise für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier. Die Partienpreise sind fett, die Fuhrenpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen-Langstroh (Handdrusch) 2,25 (2,50). Maschinenstroh für Papierfabriken Roggenstroh 1,18 und Weizenstroh 1,10, zu Streuzwecken 1,30 (1,70), Breitdrusch 1,60 175 Wiesenheu, hies. od Thür., beste Sort. 3,25 3,50 (3,75), gute fremde Sorten 2,80 3 (3,15). Kleeheu, erster Schnitt, beste Sorten 3,25 3,50 (3,75). Torfstreu, in 200 Ztr.-Lad. frei Bahn hier 1,00, in einzelnen Ballen vom Lager hier 1,50 M. Häcksel, gesund und trocken, bei Partien, frei Bahn hier 1,75 bis 1,75, im einzelnen vom Lager hier 2,50 M.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 23. Febr. Stadtschmalz 53,50, amerik. Steam 49,00, Chamberlain 49,50. Still.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 23 Febr. Kartoffelmehl und -Stärke 20,25—20,75. Feuchte Stärke 11,10.

Magdeburg, 23 Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 20,00—20,50.

Chemische Produkte.

Hamburg, 23. Febr. Chilisalpeter per März 9,15, April 9,15, frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 23 Febr. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl. 48,25 Pfg.

Liverpool, 23. Febr. Baumwolle. Umsatz 3,000 Ballen, davon Import 51,000 Ballen, davon Amerikaner 27,000 Ballen. Still.

Liverpool, 25. Febr. Aegyptische Baumwolle per Mai 7,46.

Alexandria, 23. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 14,26, Mai 14,50, Nov. 14,22.

Metalle.

London, 23. Febr. Chili-Kupfer träge 56 7/16, 3 Mon. 57 1/4. Zinn Straits stetig 130, 3 Monat 131 5/8. Blei span., stetig 13 3/8, englisch 13 7/8. Zink, gewöhnliche Marke, ruhig 21 3/4, spez. Marke 22.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	23.2	20.2.	Chicago.	23.2.	20.2.
Weizen p. Mai	119 1/8	119	Weizen p. Mai	115 3/4	115 5/8
„ „ Juli	109 3/4	109	„ „ Juli	101 1/2	100 5/8
Mais p. Mai	72 3/4	72 7/8	Mais p. Mai	65 1/4	65 1/8
„ „ Juli	72 1/4	72 1/4	„ „ Juli	64 3/4	64 3/4
Mehl Spring clears	4,40	4,35	Hafer p. Mai	54 5/8	54 3/4
Kaffee Fair Rio Nr. 7	7,00	7,00	„ „ Juli	49 1/4	49 3/8
„ p. Febr.	6,85	6,70	Roggen p. Mai	96	96
„ „ März	6,85	6,75	Schmalz „ Mai	9,70	9,65
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Juli	9,82	9,77
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen stetig. Mais willig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	22 Febr.	+0,67	23. Febr.	+0,63	4	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,08	„	+2,04	4	—
„ Unterpegel	„	+1,44	„	+1,36	8	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,46	„	+2,46	—	—
„ Unterpegel	„	+0,43	„	+0,43	—	—
Trotha	22. „	+2,00	23 „	+1,98	2	—
Alsleben, Oberpegel	22 „	+2,44	23 „	+2,42	2	—
„ Unterpegel	„	+1,68	„	+1,62	6	—
Bernburg	„	+1,27	„	+1,17	10	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,62	„	+1,58	4	—
do. Unterpegel	„	+1,02	„	+0,86	16	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

		Febr.	Fall	Wuchs			Febr.	Fall	Wuchs
Budweis	22	+0,16	1	—	Torgau	23	+0,46	1	—
Prag	„	—	—	—	Wittenberg	„	+1,36	9	—
Jungbunzl.	„	—0,18	4	—	Rosslau	„	+0,79	11	—
Laun	„	—0,27	1	—	Barby	„	+1,20	9	—
Pardubitz	„	—0,76	2	—	Magdeburg	„	+1,08	2	—
Brandeis	„	—1,35	11	—	Tangermde.	„	+1,92	12	—
Melnik	„	—0,65		2	Wittenbrge.	„	+3,26	25	—
Leitmeritz	23	0,44	1		Dömitz, Peg.	22.	+2,23	-	3
Aussig	„	—0,27	2		Hohnstorf	23	+2,12	4	—
Dresden	„	—1,61	1	—	Lauenburg	„	+2,11	3	—

Aussig, 23. Febr. Von den oberen Plätzen werden 30 cm Fall gemeldet.

Zeichnungen

auf die am Montag den 1. März cr. zur Subskription gelangenden, von unserer Bank mit übernommenen

Mk. 5 500 000.— 4% Hanauer Stadt-Anleihe von 1909

— Stücke à 5000, 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark mit Coupons per 1. Oktober 1909 —

jede Verlosung und Convertierung ist bis zum

Jahre 1920 ausgeschlossen

nehmen wir zum Kurse von

101,90% provisionsfrei

von jetzt ab entgegen.

Halle a. S., den 24. Februar 1909.

Filiale der Magdeburger Privat-Bank Halle a. S., Poststrasse 12,

Telephon 1382|83 u. 1692.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090224015/fragment/page=0005

Berliner Börse, 23. Febr. 1909

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12. / *q* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Febr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 1.6.12. / *q2* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch. / *q3* do. 1.3.6.9.12.

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 2⅝%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.											
Dt.Rchs.Sch.	d	4	101.60G	Schönb. 04	d	3½	94.60B	Rosa Gld A96	q	3	—.—
do. 1.4.12	d	4	101.90G	Schwerin i.M.	a	3½	94.80G	do. Eisb.A. t. II	q	4	—.—
do. 1.7.12	d	4	101.90bG	Spandau 91	d	4	101.25G	do. do. 02	a	4	84.10bG
do. 1.4.09	d	3½	100.10G	do. 95	d	3½	—.—	do. do. 05	a	4½	98.40bG
Pr.Schatz 12	d	4	101.60G	Stargardi.P.	d	3½	94.75G	do. Staatsrnt	q	4	76.60b
Dt.Rchs-Anl.	v	3½	96.40bG	Stendal 01	a	4	—.—	do. Nicolai-B.	e	4	—.—
do. do.	v	4	103.50bG	do. 03	d	4	—.—	do. Prm. A.64	a	5	—.—
do. do.	v	3	86.90bB	Stettin . . .	a	3½	93.80bG	do. do. 66	e	5	—.—
				do. 1904	d	3½	94.10G	do. Bodenkr.	a	5	107.25b
				Teltow.Kreis	d	4	101.90B	do. conv. Obl.	a	3.8	76.40bG